

GR CO HR Dr. Peter Piffli-Perčević

16.2.2006

A N F R A G E

Betr: Erhalt der Übungs-VS der PÄDAG der Diözese Graz-Seckau

Die Schließung der Übungs-VS der PÄDAG der Diözese Graz-Seckau sowie der Nachmittagsbetreuung wird seitens der Erhalterin überlegt und sind davon zahlreiche Kinder sowie deren Eltern betroffen. In einer Unterschriftenaktion wurden rund 8.000 Unterschriften gesammelt, die der zuständigen Stelle der Diözese überreicht wurden. Die Übungs-VS leistet im Bereich der Schulbildung unserer kleinsten Schüler einen enorm wichtigen pädagogischen Beitrag, der sich durch das Angebot von z.B. Montessori-Elementen, Englischunterricht von Beginn an, Computerunterricht ab der 3.Klasse, u.ä., als unverzichtbarer Bestandteil im gesamtem Volksschulbereich etablieren konnte.

Ein wesentlicher Faktor für die Wahl der Übungs-VS durch die Eltern ist auch das Angebot der Nachmittagsbetreuung. Diese Faktoren sind der Grund für den große Andrang bei den jährlichen Einschreibungen.

Ich erlaube mir daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

zu richten, ob Du bereit bist, mit den zuständigen Stellen der Diözese Graz-Seckau mit dem Ziel Kontakt aufzunehmen, diese für die betroffenen Kinder und Eltern, aber nicht um für den Bezirk Eggenberg sondern für die ganze Stadt so wichtige Einrichtung der Übungs-VS samt Nachmittagsbetreuung zu erhalten.

GR. Sissi POTZINGER

16.02.2006

A N F R A G E

Betr.: Mehr Trauungsmöglichkeiten bei starker Nachfrage

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Auch heute war einem Grazer Printmedium zu entnehmen, daß erfreulicherweise der Wunsch zu heiraten, wieder zunimmt. Ab Mai sind die beliebten Samstagstermine aber bereits ausgebucht. Es besteht zwar die Möglichkeit, an exklusiven Orten eine standesamtliche Trauung durchzuführen, doch nicht alle Heiratswilligen können oder wollen sich das leisten.

Derzeit finden die Trauungen zum Normaltarif werktags am Joanneumring und Samstags nur im Rathaus statt. Es sollten zusätzliche Orte für Trauungen bereitgestellt werden, um allen, die in Graz den Bund der Ehe schließen wollen, dies ohne allzu lange Wartezeit zu ermöglichen.

Daher richte ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister die

Anfrage,

ob Du bereit bist , die Möglichkeit weiterer Trauungsorte für stark frequentierte Hochzeitstermine prüfen zu lassen.

GR. Peter MAYR

16.06.2005

A N F R A G E

Betr: Park&Ride-Projekt Fölling

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Verkehrskorridor Nordost durch das Grazer Mariatrostertal leidet bereits seit Jahren an einer zunehmenden Verkehrsbelastung mit entsprechend negativen Auswirkungen auf die dort wohnende Bevölkerung. Die Parkkapazität des kleinen P&R-Platzes an der Endstation der Linie 1 und der umliegenden Gassen platzt aus allen Nähten. Darüber hinaus nimmt auch der Quellverkehr auf Grund zahlreicher neuer Wohnprojekte rund um den Mariatroster Kirchberg stark zu. Diese neuen Siedlungen (z.B. Marland) sind aber nur ungenügend mit ÖV erschlossen. Nachdem im September 2004 eine Mehrheit im GR auf Antrag der SPÖ die Planung einer verkehrstechnisch sinnvollen P&R-Anlage in der Nähe der Endstation der Linie 1 gestoppt hatte, wurden von der Verkehrsplanung und der GPG Alternativen - auch in Zusammenarbeit mit Bezirksrat und Bevölkerung - gesucht. Das Ergebnis ist der Vorschlag einer verkehrspolitisch nächst besten Lösung in Fölling. Das P&R-Projekt ist nun seit einem halben Jahr fachlich fertig ausgearbeitet und findet die einhellige Unterstützung der Mariatroster Bevölkerung. Leider wird eine Finanzierung vom zuständigen Stadtrat Dr. Riedler bisher blockiert. Obwohl durch die gesundheitlich negativen Auswirkungen des Verkehrs (Feinstaub/Lärm) dringend Alternativen für den MIV angeboten werden müssen und diesbezüglich auch Konsens bei den politischen Parteien in Stadt und Land besteht, konnte oder wollte Dr. Riedler auch bei einer gut besuchten Bezirksveranstaltung der Grazer Woche in Mariatrost den dort anwesenden BürgerInnen keine Perspektiven für eine Lösung der Verkehrsprobleme bieten. Nicht genug Beachtung finden in diesem Zusammenhang auch die Beschlüsse des Grazer Gemeinderates hinsichtlich einer Schwerpunkt-Finanzierung für ÖV und P&R, nämlich der Feinstaubfonds und die Zweckwidmung der Mehreinnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung.

Ich stelle daher namens der ÖVP-GR-Fraktion an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

bist Du bereit, Dich auch weiterhin für eine rasche Realisierung des P&R-Projektes Fölling und dessen Finanzierung, sowie für die dazu gehörende Finanzierung einer leistungsfähigen ÖV-Verbindung des Gebietes beim zuständigen Finanzstadtrat einzusetzen?



Betr.: Homepage der Stadt Graz

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Elke EDLINGER
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Februar 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Stadt Graz wirbt auf ihrer Homepage unter dem Kapitel "Leben in Graz" mit folgenden Worten:

"Es gibt viele schönste Städte auf der Welt ...
... für die GrazerInnen ist es Graz. Die zweitgrößte Stadt Österreichs besticht mit Charme, südlichem Flair und schönen Frauen."

Nun gut: Es drängt sich zwar die Frage auf, warum hier nur von der Schönheit der Grazerinnen und nicht von ihrer Intelligenz bzw. ihren Kompetenzen die Rede ist. Aber wohlmeinend möchte ich annehmen, dass diese Reduktion der Grazerinnen auf ihr Äußeres - etwas, was wir ja leider generell aus der Werbung kennen - einzig einer literarischen Anlehnung an Reinhard P. Gruber entsprungen ist und nicht dem Verständnis entspricht, dass Frauen nach wie vor wohl besser schön als klug sein sollten, weil Männer eben besser sehen können als denken.

Aber lassen sie mich doch - im Zeitalter der Gleichberechtigung und des Gender Mainstreamings - gegen die in diesem Fall vorliegende eklatante Benachteiligung von Männern das Wort erheben. In diesem Sinne stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind sie bereit, den oben zitierten Text in jedem zweiten Monat folgendermaßen abändern zu lassen:

"Es gibt viele schönste Städte auf der Welt ...
... für die GrazerInnen ist es Graz. Die zweitgrößte Stadt Österreichs besticht mit Charme, südlichem Flair und schönen Männern."



Betr.: Österreichisches Personennah-
und Regionalverkehrsgesetzes

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus
Telefon: (0316) 872-2120
Fax: (0316) 872-2129
email: spoe.klub@graz.at
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Elke EDLINGER
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Februar 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Bundesregierung plant, das Österreichische Personennah- und Regionalverkehrsgesetz (ÖPNRVG) zu ändern. Die geplante Gesetzesnovelle besagt, dass der Nahverkehr, also alle öffentlichen Bus- und Bahnlinien, zukünftig von den Bundesländern finanziert und verwaltet werden soll. Und trotz deutlicher Kritik der Landeshauptleutekonferenz im vergangenen Mai und im November 2005 beharrt die Bundesregierung auf dieser nahezu vollständigen „Veränderung“ des Regionalverkehrs. Nach dem vorgelegten Entwurf soll die Verpflichtung zur Bereitstellung eines Grundangebotes aus dem Gesetz gestrichen werden. Es gibt somit keinerlei Vorkehrungen, dass der interregionale, regionale und lokale Verkehr zu einem zukunftsweisenden Ganzen zusammen geführt werden kann.

Schon heute fehlen die Mittel für einen funktionierenden Nahverkehr. Mit dem neuen Gesetz verschlimmert sich die Situation noch, denn die Bundesregierung schiebt die gesamte Verantwortung auf die Bundesländer ab. Die Bundesländer haben aber nicht genügend Mittel, um den öffentlichen Verkehr zu finanzieren. Eine Ausdünnung des gesamten ÖPNV-Systems ist daher zu befürchten.

Ich möchte betonen, dass wir hier nicht nur von möglichen Auswirkungen auf irgendwelche "kleinen" Nebenlinien sprechen, sondern dass davon auch der gesamte öffentliche Personenregionalverkehr, mit dem Tag für Tag Tausende PendlerInnen Graz erreichen, betroffen sein wird.

In der Debatte über die Feinstaubbelastung wird einhellig der Ausbau des ÖV gefordert. Sollte jedoch diese geplante Änderung des ÖPNRVG durch die Bundesregierung wirklich umgesetzt werden, dann brauchen wir über den Ausbau des ÖV überhaupt nicht mehr zu reden.

Ich stelle daher namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Wie stehen Sie zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Österreichischen Personennah- und Regionalverkehrsgesetzes und welche Schritte haben Sie bereits unternommen bzw. werden Sie unternehmen, um den diesbezüglich zu erwartenden Schaden von der Stadt Graz abzuwenden.



Betr.: Verkehrskonzept Mariatrost

Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Edeltraud Meisslitzer
an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. 2. 2006

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 15. 2. 2005 habe ich mir erlaubt, auf Basis einer von Mariatroster AktivbürgerInnen erstellten Vorschlagsliste den Antrag zu stellen, ich zitiere: „die zuständigen Fachabteilungen des Magistrats mögen beauftragt werden, im Sinne des Motivenberichtes unter Einbeziehung der von Mariatroster Aktivbürgern gemachten Vorschläge ein Verkehrskonzept für den Bezirk Mariatrost zu entwickeln“.

Ich nehme, ein wenig Goethe abgewandelt, an: Die Botschaft hörten der ressortverantwortliche Stadtsenatsreferent und die zuständigen Fachabteilungen wohl, allein – es fehlt an Antworten, geschweige denn am Tun.

Anders ausgedrückt: Der Antrag, mit den Mariatroster AktivbürgerInnen zwecks Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes das Gespräch zu suchen, feierte gestern Jahrestag, es sind 366 Tage ins Land gezogen und ein Mehrtausendfaches an Autos seitdem durch Mariatrost unterwegs gewesen, geschehen ist aber bis dato nichts. Und das, obwohl angeblich BürgerInnenbeteiligung ein vorrangiges Anliegen wäre, obwohl in Mariatrost BürgerInnen darauf warten, beteiligt zu werden, obwohl Mariatrost unter einer Verkehrslawine erstickt.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, einerseits im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz auf den ressortverantwortlichen Stadtsenatsreferenten und die zuständigen Fachabteilungen einzuwirken, endlich im Sinne des am 15. 2. 2005 eingebrachten Gemeinderatsantrages tätig zu werden und andererseits bekannt zu geben, welche Ergebnisse jene Gespräche mit Umlandbürgermeistern betreffend regionale Verkehrslösungen, um die Sie der Gemeinderat ersucht hat, ergaben.

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, am 16. Februar 2006

Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Freifahrt für alle Frauen am 8. März

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 8. März ist wieder der internationale Frauentag. Dieser Tag ist Anlass für Frauen auf der ganzen Welt auf die nach wie vor bestehende ungleiche Situation von Frauen und Männern aufmerksam zu machen. Auch in Österreich sind viele Forderungen nach Chancengleichheit und gerechterer Verteilung von Einkommen und Arbeit bislang unerfüllt.

In Graz hat sich das 8. März-Komitee, das sich aus Frauen verschiedener Fraueninitiativen, der Frauenbeauftragten, dem Frauenreferat und Vertreterinnen unterschiedlicher Parteien zusammensetzt, in diesem Jahr dazu entschlossen, die Einkommens(un)gerechtigkeit zu thematisieren. Wir wünschen uns von der Stadt Graz, sich an den Aktivitäten zum 8. März in der Form zu beteiligen, als dass sie die Forderungen des 8. März-Komitees nach mehr Einkommensgerechtigkeit unterstützt. Wir gehen davon aus, dass es auch im Interesse der Stadt Graz ist, der unbefriedigenden Einkommenssituation von Frauen etwas entgegenzusetzen. Aus diesem Grund sehen wir in der kostenlosen Nutzung der Öffentlichen Verkehrsmittel für Frauen am internationalen Frauentag einen Beitrag zu einer verbesserten Bewusstseinsbildung zum Thema Gerechtigkeit.

Namens der KPÖ Gemeinderatsfraktion stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

Anfrage:

Sind Sie bereit, sich bei den entsprechenden Stellen dafür einzusetzen, dass dieses Jahr die Frauen in unserer Stadt am 8. März die GVB kostenlos benützen können?

Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Graz
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 16.2.2006
von GRin Christina Jahn

Betrifft: Hamburger Fischmarkt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Der Hamburger Fischmarkt am Grazer Lendplatz hat in den letzten Jahren bei den AnrainerInnen und auch den BezirksvertreterInnen aus Lend immer wieder für Unruhe und Ärgernisse gesorgt. Dies lag vor allem an dem durch den regen Betrieb am Fischmarkt erzeugten Lärm der BesucherInnen, der sich oftmals weit über die eigentliche "Sperrstunde" des Marktes hinausgezogen hat. Auf Wunsch der PlatzanrainerInnen und in Koordination mit unserem Bezirksvertreter Karl Dreisiebner habe ich daher am 16.06.2005 einen Antrag gestellt, der die zuständigen Stellen des Magistrat zur Überprüfung alternativer Standorte für den Fischmarkt beauftragt hat. In der erst am 18.01.2006 eintreffenden Antwort kommt das zuständige Amt zum Schluss, dass als Alternative nur der Karmeliterplatz oder das Grazer Messeareal in Frage kämen. Zum Messeareal heißt es relativ lapidar: "Der Vorschlag das Areal der Grazer Messe zu wählen, wurde mit Skepsis aufgenommen, eine Kontaktaufnahme des Veranstalters des Fischmarkts mit der Grazer Messe hat noch nicht stattgefunden." - aus Grüner Sicht ein relativ dürftiges Ergebnis angesichts der Zeit, die seit dem Antrag verstrichen ist. Vor allem stellt sich nun auch die Anfrage, die ich an Sie stellen möchte:

Wann wird eine Entscheidung bezüglich des Standortes des Hamburger Fischmarktes nun endlich getroffen?

Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Graz
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 16.02.2006
von Gemeinderätin Christina Jahn

Betrifft: Öffnungszeiten Gastgärten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Bereits in der letzten Gemeinderatssitzung hat meine Kollegin von der KPÖ, Lisbeth Zeiler im Zuge der Fragestunde auf die nicht gesetzeskonforme Praxis der straßenpolizeilichen Bewilligung von Gastgärten hingewiesen. Nun ist uns abermals ein Bescheid für die Genehmigung eines Gastgartens am Freiheitsplatz zugegangen, der wiederum die Öffnungszeit des Gastgartens bis 23 Uhr und darüber hinaus eine daran anschließende halbe Stunde für Aufräumarbeiten bewilligt. Diese Genehmigung widerspricht jedoch ganz klar §112 und §113 der GewO, die eine Öffnungszeit von Gastgärten generell und inklusive Aufräumarbeiten bis 23 Uhr vorsieht.

Wie Sie sicherlich wissen, sieht das Gesetz zwar die Möglichkeit einer Abänderung der Öffnungszeiten von Gastgärten durch die zuständige Gemeinde vor, von der die Stadt Graz bislang noch nicht Gebrauch gemacht hat. Die bisherige Verordnung seitens des Landeshauptmanns, die zur Verlängerung der Öffnungszeiten über 23 Uhr hinaus führte, wurde ja bekanntlich bereits im Herbst 2005 als verfassungswidrig erklärt und ist daher nicht mehr anzuwenden!

Daher meine Anfrage an Sie, Herr Bürgermeister,

Was werden Sie unternehmen, damit die bislang falsch ausgestellten Genehmigungen korrigiert werden bzw. was werden Sie tun, um hinkünftig eine gesetzeskonforme Erledigung für die Genehmigung von Gastgärten zu gewährleisten?

Anfrage an den Bürgermeister der Stadt Graz
eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 16.2.2006
von Klubobfrau Sigi Binder

Betrifft: Demokratisierungsprozess der Stadt Graz

Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen, sie ist auch kein Geschenk, das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden. (Heinz Galinski, 1912 – 1992, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland)

Diesem Zitat nach ist Demokratie also ein lebendiges aber auch kompliziertes System, das wie ein Seismograph auf gesellschaftliche Veränderungen anschlägt. Es muss aber Menschen geben, die die Aufzeichnungen des Seismographen beobachten, analysieren, kommentieren und Schlussfolgerungen daraus ziehen.

Demokratie als Herrschaftsform hat aber auch immer schon die Geister gespalten. Die Freunde der Demokratie versichern, alles zu tun, um sie aufrecht zu erhalten. Ihre Feinde finden wir in Diktaturen oder anderen totalitären Regierungen, derer es auf unserer Welt genügend gibt.

Ich bin sicher, dass niemand im Grazer Gemeinderat die Demokratie als höchstes Gut anzweifelt und dennoch habe ich Sorge.

Unvermeidbare Symptome einer Proporzregierung wie Blockadepolitik, unklare Verantwortlichkeiten, intransparente Entscheidungsfindungen, überforderte Aufsichtsräte, eine eher marginale Bezirksdemokratie, eine schlecht funktionierende Kontrolle wie das Beispiel der nicht durchgeführten Bezirksversammlungen in Ries und Innere Stadt zeigen, weisen darauf hin, dass wir uns einigen grundsätzlichen Fragen stellen müssen: Gibt es ein konsensuales demokratisches Modell unseres Gemeinderates? Wie müssen wir Demokratie denken und entwickeln, um den Herausforderungen durch Umstrukturierungen großen Ausmaßes auf EU-Ebene aber auch auf Bundesebene entsprechen zu können? Wie muss unser demokratisches System im GR verändert werden, damit es besser funktioniert?

Vor einigen Jahren wurde im Grazer Gemeinderat ein AK eingerichtet, das sogenannte Redaktionskomitee zur Statutenreform, das sich mit diesen und ähnlichen Fragen beschäftigen soll um mit einem gemeinsam ausgearbeiteten Demokratiepaket Verbesserungen auf breiter Basis und zum Nutzen der Bevölkerung zu erwirken. Aus unerfindlichen Gründen wurde dieser AK vor einem Jahr zum letzten Mal einberufen und seither befindet er sich im Dauerschlaf. Die dadurch eingetretene Stagnation ist bedenklich.

Daher meine Anfrage an Sie, Herr Bürgermeister,

1. warum haben Sie die begonnenen Diskussionen zur sogenannten „Statutenreform“ der Stadt Graz auf politischer Ebene seit über einem Jahr nicht mehr fortgeführt,
2. wann werden Sie im Sinne einer modernen Demokratie und somit im Sinne der Grazerinnen und Grazer den Diskussionsprozess ergebnisorientiert wieder aufnehmen?